



STADT TÜBINGEN



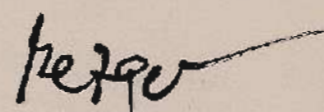
STADTPLANUNGSAMT

**BEBAUUNGSPLAN
"RÄDLESÄCKER / SCHWARZE ÄCKER"
TÜBINGEN-PFRONDORF**

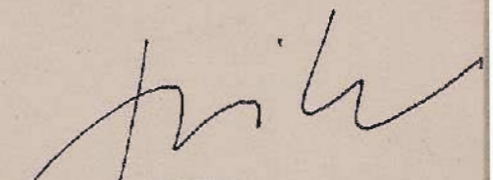
IN DER FASSUNG VOM : **15.04.1994**



BÜRGERMEISTERAMT
IN VERTRETUNG


(MEZGER)
BÜRGERMEISTER

STADTPLANUNGSAMT


(FRITZ)
STADTBAUDIREKTOR

Nr. 5048

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN:

A. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

Nach § 9 Baugesetzbuch (BauGB) und §§ 1-27 Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung des Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetzes vom 22.04.1993 (BGBl I S. 466ff) ist folgendes festgesetzt:

1. Öffentliche Grünfläche
(§ 9 (1) Nr. 15 BauGB)
Die öffentliche Grünfläche dient der Zweckbestimmung "Friedhof"
2. Überbaubare Grundstücksfläche
(§ 23 BauNVO)
 - 2.1. Zulässig sind eine Aussegnungshalle und dem Friedhof dienende bauliche Anlagen.
 - 2.2. Auf der nicht überbaubaren Grundstücksfläche können ausnahmsweise untergeordnete, dem Friedhof dienende bauliche Anlagen und dem Friedhof zugeordnete Stellplätze zugelassen werden.
3. Flächen für Stellplätze
(§ 9 (1) Nr. 4 BauGB und § 12 BauNVO)
Siehe Plandarstellung
4. Öffentliche Verkehrsflächen
(§ 9 (1) Nr. 11 BauGB)
Siehe Plandarstellung
5. Pflanzgebot / Pflanzenerhaltung
(§ 9 (1) Nr. 25 BauGB)
 - 5.1. Die als Pflanzgebot gekennzeichneten Bäume sind als großkronige und standortgerechte Laubbäume zu pflanzen.
 - 5.2. Die mit Pflanzenerhaltungsgebot belegten Bäume sind zu erhalten.

B. HINWEIS

Sollten im Zuge der Baumaßnahmen archäologische Fundstellen (z.B. Mauern, Gruben, Brandschichten o.a.) angeschnitten oder Funde gemacht werden (z.B. Scherben, Metallteile, Knochen), ist das Landesdenkmalamt unverzüglich zu benachrichtigen. Auf § 20 Denkmalschutzgesetz (DSchG) wird hingewiesen.

Die Parzelle Flst.Nr. 496 wurde auf Altlasten untersucht und in Kategorie "A" (nicht altlastenverdächtig) eingestuft.
(Landesanstalt für Umweltschutz: Handbuch historische Erhebung altlastenverdächtigter Flächen; 1992).

02074 02075 624/1 62

Die Übereinstimmung der Planunterlage mit dem
Liegenschaftskataster im Sinne von § 1 Abs. 2
Planzeichenverordnung (PlanZVO) wird be-
scheinigt:

Tübingen, den 15.04.1994

STADTMESSUNGSAMT

[Handwritten signature]
(SPANAGEL)

STADTVERMESSUNGSDIREKTOR

VERFAHRENSVERMERKE:

AUFSTELLUNGSBESCHLUSS

Der Gemeinderat der Stadt Tübingen hat am 31.08.1992 beschlossen, den Bebauungsplan gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) aufzustellen und eine Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

Dieser Beschluß wurde am 01.10.1993 ortsüblich bekanntgemacht.

BÜRGERBETEILIGUNG

Die Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte im Rahmen einer Informationsveranstaltung am 12.10.1993 und in der Zeit vom 13.10.1993 bis 28.10.1993 mit Gelegenheit zur Äußerung sowie Erörterung der Planung.

BETEILIGUNG DER TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

Die Träger öffentlicher Belange wurden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB bei der Aufstellung des Bebauungsplanes am 04.09.1992 beteiligt.

AUSLEGUNGSBESCHLUSS

Der Planungsausschuss der Stadt Tübingen hat am 09.05.1994 den Bebauungsplan als Entwurf gebilligt und seine öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.

ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG

Der Bebauungsplan-Entwurf mit Begründung hat gemäß § 3 Abs. 2 BauGB nach vorheriger ortsüblicher Bekanntmachung am 18.05.1994

in der Fassung vom 15.04.1994	von 30.05.1994	bis 01.07.1994
in der Fassung vom	von	bis
öffentlich ausgelegen		

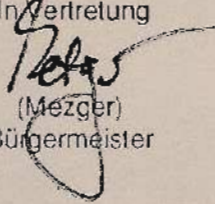
SATZUNGSBESCHLUSS

Der Gemeinderat der Stadt Tübingen hat am 29.08.1994 den Bebauungsplan gemäß § 10 BauGB, § 73 Landesbauordnung und § 4 Gemeindeordnung als Satzung beschlossen. Maßgebend ist der Lageplan M 1 : 500 mit zeichnerischen und textlichen Festsetzungen in der Fassung vom 15.04.1994 sowie die Begründung vom 21.04.1994 / 10.05.1994

Die Durchführung der o.g. Verfahrensschritte wird bestätigt.

Tübingen, den 31.08.1994

Bürgermeisteramt
In Vertretung


(Mezger)
Bürgermeister

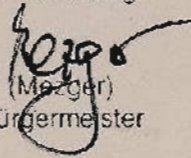
ANZEIGEVERFAHREN

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 11 BauGB dem Regierungspräsidium Tübingen angezeigt.
Das Anzeigeverfahren wurde mit Verfügung vom 30.09.1994 Nr. 22-32 / 2511.2 -1 -
abgeschlossen. 1050 / 94

AUSFERTIGUNG

Tübingen, den 04.10.1994

Bürgermeisteramt
In Vertretung


(Mezger)
Bürgermeister

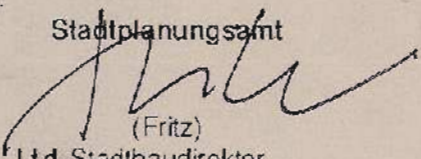
INKRAFTTRETEN

Die Durchführung des Anzeigeverfahrens wurde gemäß § 12 BauGB am 19.10.1994 orts-
üblich bekanntgemacht.

Mit dieser Bekanntmachung wurde der Bebauungsplan rechtsverbindlich.

Tübingen, den 24.10.1994

Stadtplanungsamt


(Fritz)
1. d. Stadtbaudirektor

DAS ANZEIGEVERFAHREN GEM. § 11 BAUGB WURDE
MIT VERFÜGUNG VOM 30.09.1994
Nr. 22-32/2511.2-1-1050/94 ABGESCHLOSSEN

TÜBINGEN, DEN 30.09.1994
REGIERUNGSPRÄSIDIUM

Beck



537/1

535

Tübinger Höhen

Bei den Höhenangaben im zeichnerischen Teil des Bebauungsplans handelt es sich um Angaben im Tübinger Höhensystem.